

EILTEidgenössisches Politisches Departement
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Bern, den 13. April 1977

IntegrationsbureauDépartement politique fédéral
Département fédéral de l'économie publique**Bureau de l'intégration**

777.230 (Schweden) - Bö/rs

ad: p.B.15.21.Su(9)-WA/auVU zu
~~FE/12/EP~~ caNotiz an die Politische Abteilung IKopie: Herrn Direktor Jolles

So, Bru, Lu

CJ, ZW

Schweiz. Botschaft Stockholm

Schweiz. Delegation bei der EFTA, Genf

Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel

Schweiz. Vertretung beim Europarat, Strassburg

Besuch von Bundesrat Graber
in Schweden, 21./22. April 1977

Bezugnehmend auf Ihre Zirkularnotiz vom 18. März 1977 beehren wir uns, Ihnen aus der Sicht unseres Dienstes folgende Lagebeurteilung zu übermitteln:

1. Anfangs April ist im Rahmen des europäischen Währungsverbundes (Schlange) die Abwertung der schwedischen Krone um 6 % beschlossen worden.*⁾ Dies ist äusseres Zeichen eines weitgehenden Unvermögens der schwedischen Wirtschaft, unter den Herausforderungen der vergangenen Jahre die von ihr erwarteten Hoffnungen zu erfüllen. Diese Hoffnungen haben u.E. mitunter mehr mit dem Missbrauch der sozialen Zielsetzungen als mit deren Verwirklichung zu tun, insofern den Arbeitnehmern in oft demagogischer Weise vorgespiegelt worden ist, sie könnten sich zugleich sämtlicher Vorteile des internationalen Güterausstausches und einer unwandelbaren internen Wirtschaftsstruktur erfreuen. Wichtige Strukturanpassungen sind in den vergangenen

*⁾ Gleichzeitig wurden die dänische und norwegische Valuta um je 3 abgewertet.



- 2 -

Jahren deshalb nicht erfolgt, weil das Recht auf Arbeitsplatz und Lohn in einer Weise definiert worden ist, welche notwendige Arbeitsplatzwechsel verunmöglicht haben.

Sollte die Abwertung zum Anlass von Lohnforderungen genommen werden, so dürfte eine Gesundung der schwedischen Wirtschaft in nächster Zeit nicht zu erwarten sein.

2. Innerhalb der EFTA schafft die Zusammenarbeit mit Schweden keine besonderen Probleme. In neuerer Zeit haben sich allerdings gewisse Auswirkungen einer zentralistischen Verbürokratisierung Schwedens gezeigt, insofern auf dem Gebiete der Normierung der Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften angebliche Pionierarbeit geleistet wird, deren Ergebnisse sich leicht als nicht-tarifarisches Handelshemmnisse auswirken können.
3. An der Sondersitzung des EFTA-Konsultativausschusses in Stockholm vom 14./15. Februar hat sich gezeigt, dass die Konzessionen, welche die bürgerliche Regierung den Gewerkschaften machen muss, ungefähr den freiwilligen Leistungen der Regierung Palme entsprechen. Wir haben übrigens im Zusammenhang mit dieser Sondersitzung auch die Erfahrung gemacht, dass in der schwedischen Presse Erklärungen von ausländischen Regierungen nach parteipolitischen Vorstellungen unter Verletzung der Regeln einer objektiven Berichterstattung zurechtgebogen werden.

Dieses Detail ist Symptom für die Tatsache, dass die ideologische Verbrämung der Wirtschaftspolitik nach wie vor beträchtlich ist.

4. In den Vorbereitungen für den EFTA-Gipfel hat sich schon früh eine enge Zusammenarbeit mit Schweden angebahnt. Anlässlich eines Besuches des früheren EFTA-Generalsekretärs und jetzigen stellvertretenden Generalsekretärs im Aussenministerium, Herrn Rabaeus, am 26. Oktober 1976 in Bern, haben sich weitgehend übereinstimmende Ansichten ergeben, Ansichten, die seither in der Vorbereitung des

Treffens teilweise verwirklicht worden sind. Eine Differenz besteht lediglich hinsichtlich der Frage, inwieweit die EFTA als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden kann. Die Schweiz anerkennt natürlich die eminente Bedeutung, die dem Freihandel in der Förderung der Wirtschaft durch die Oeffnung der Märkte zukommt, vertritt indessen die Auffassung, dass die EFTA institutionell nicht ausgerüstet ist und nicht ausgerüstet werden soll, um eine Sozialpolitik unter den Mitgliedstaaten, sei es auch nur in Ansätzen, in die Wege zu leiten. Was möglich ist, sind "échanges de vues périodiques" (Art. 30) in Bezug auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Demgegenüber möchte Schweden, dass das Engagement zu Gunsten der Vollbeschäftigung zum Ausdruck gebracht wird, auch wenn dieses, im Rahmen der EFTA, keine Konkretisierung zu finden vermag.

5. Auf schwedische Initiative wurde 1975 eine Verbindung zwischen der informellen Gruppe der EFTA-Parlamentarier in Strassburg und dem EFTA-Rat in die Wege geleitet: daraus entstand eine ad hoc-Gruppe, welche Vorschläge für eine engere Zusammenarbeit zwischen EFTA-Rat und Parlamentariern ausgearbeitet hat. Diese Vorschläge sind im Oktober des vergangenen Jahres diskutiert, aber in Erwartung der Ergebnisse des EFTA-Gipfels zurückgestellt worden.

Was den Zweck der Verbindung anbelangt, so sind zwei Punkte im Auge zu behalten:

- die durch sie bezweckte Sensibilisierung der nationalen Parlamente für EFTA-Fragen und damit die Schaffung der entsprechenden Sachkenntnis zur Behandlung von Problemen des europäischen Freihandels;
- die Herausforderung an den EFTA-Rat, sich hinsichtlich seiner Zielsetzungen mit den parlamentarischen Strömungen auseinanderzusetzen.

- 4 -

Es ist dabei zu berücksichtigen, dass in einer Regierungsorganisation wie der EFTA keine Interferenz der staatlichen Gewalten entstehen und deshalb der Rahmen der Treffen genügend informell gehalten werden sollte, um einen freien Ideenaustausch zu gewährleisten. Es sei auch hervorgehoben, dass die Genfer-Treffen von EFTA-Parlamentariern zwischen 1974 und 1976 bewiesen haben, dass das Anliegen einer stärkeren Verbindung zwischen den nationalen Parlamenten und der EFTA auch ohne besondere Institutionalisierung wirksam verfolgt werden kann. Falls einer Formalisierung der Parlamentariergruppe zugestimmt werden sollte, so nur unter der Bedingung, dass diese die EFTA nicht verpolitisiert, die Entscheidungsmechanismen nicht beeinträchtigt und keine namhafte Budgeterhöhung zur Folge hat.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD
i.V.



(Ch. Boesch)